

Vigoni Forum 2024

Die EU in der neuen Welt(un)ordnung | L'UE nel nuovo (dis)ordine globale

1. Einleitung

Sowohl der französische Präsident Emmanuel Macron als auch der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier haben in jüngsten Reden eindringlich vor den mehrschichtigen und in ihrer Komplexität und Dramatik bisher unbekanntem Herausforderungen gewarnt, vor denen die Europäische Union heute steht. Macron betonte am 25. April 2024 sogar die Sterblichkeit des europäischen Projektes. Auch Steinmeier hob in seiner Rede am Europakolleg in Brügge am 21. Juni diesen Jahres die Notwendigkeit hervor, sich in einer historisch schwierigen Zeit für Europa einzusetzen, insbesondere angesichts der Bedrohungen durch äußere Konflikte. Beide Politiker machten deutlich, dass die EU kein statisches Gebilde ist, sondern ein dynamisches Projekt, dessen Fortbestand und Handlungsfähigkeit kontinuierlich gesichert und neu definiert werden müssen.

Doch sind dies nicht Trivialitäten? Ist nicht jedes politische Projekt nur dann sinnvoll, wenn es auch vergänglich ist? Es heißt seit Langem, dass die Europäische Union immer genau dann vorankommt, wenn sie dazu gezwungen wird. Das vielzitierte Zitat von Jean Monnet, das besagt, dass die Union „in Krisen geschmiedet und die Summe der Lösungen sein wird, die für diese Krisen gefunden wurden“, trifft auf einen Großteil der Geschichte der EU zu. Doch die Leitidee einer sich stetig annähernden Union der Völker Europas scheint angesichts einer wachsenden Europaskepsis aus der Zeit gefallen, zugleich rücken die europäischen Werte zunehmend an den Rand des politischen Diskurses.

Was ist heute anders? Warum scheint dem europäischen Projekt die Luft ausgegangen zu sein?

Seit der Finanzkrise und der darauf folgenden Eurozonen-Krise haben sich die Erschütterungen in ihrer Häufigkeit und Intensität gesteigert. Die Flüchtlingskrise von 2015 und 2016 brachte eine erste Welle des Euroskeptizismus mit sich, die im Brexit



ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Die weltweite Pandemie sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellten die Union kurze Zeit später erneut auf die Probe – die Klimakrise stellt jedoch die größte Herausforderung in ihrer Geschichte dar. Es hat sich deutlicher als je zuvor gezeigt, wie stark die EU von externen Partnern abhängig ist. Bricht die globale Lieferkette durch die Schließung von Häfen in China zusammen, stockt die Produktion auf dem europäischen Markt. Dreht Wladimir Putin den Gashahn zu, beginnt die hektische Suche nach Auswegen aus der zu spät erkannten Abhängigkeit. Die Folge ist ein verschärftes soziales Ungleichgewicht (Inflation, Energiepreise), das die Glaubwürdigkeit des EU-Versprechens von sozialem Wohlstand für alle infrage stellt. Dieser Werteverlust hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Orientierungslosigkeit und Ängsten geführt. Diese Unsicherheiten machen sie empfänglich für die Versprechen populistischer Vereinfacher und verführbar für die Rhetorik autokratischer Nationalisten, die die Souveränität und Legitimität der supranationalen Entscheidungsprozesse herausfordern. Der Trend hin zu nationalstaatlich egoistischen Lösungen und weg von gemeinsamen europäischen Ansätzen zeigte sich deutlich in den Ergebnissen der diesjährigen Europawahl, die oft als 'second-order elections' bezeichnet wird. In Italien, Frankreich, Deutschland und Österreich konnten die Parteien Fratelli d'Italia, das Rassemblement National von Marine Le Pen, die FPÖ und die AfD Erfolge verzeichnen.

Obgleich die euroskeptischen Fraktionen auf europäischer Ebene nicht an die Stärke des proeuropäischen Lagers heranreichen und selbst bei einem Zusammenschluss aller rechtspopulistischer Parteien voraussichtlich weniger als 200 Sitze und damit keine Mehrheit erreichen würden, zeichnet sich eine Tendenz im Wahlverhalten auf Ebene der Mitgliedstaaten ab - und damit auch die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Ministerrat und den Rat der Regierungschefs. Dazu kommt eine grundlegende Veränderung der Demokratie weg von einem stabilen Parteiensystem, wie wir es in der Nachkriegszeit erlebt haben, hin zu einer Bewegungsdemokratie und einer Hyperpersonalisierung der Politik. Auch die Grundpfeiler der repräsentativen Demokratie, wie Gewerkschaften, die Kirchen und Vereine verlieren an Bodenhaftung und werden durch soziale Medien ersetzt. Es stellt sich also die Frage, was tun?



Im Sinne des berühmten Mottos „Keep calm and carry on“ optimistisch bleiben? Wirft man einen Blick auf die rechtspopulistischen Parteien und ihre nationalen Interessen, scheint zumindest der Austritt aus der EU nach dem Brexit keine realistische Option mehr zu sein. Darüber hinaus offenbaren die tiefen Risse innerhalb der EU-skeptischen Fraktionen, etwa bei der Haltung zu Russland, eine Uneinigkeit, die eine gemeinsame Front unwahrscheinlich macht.

Doch könnte man die gegenwärtige Lage auch als einen weiteren Schritt in Richtung des schleichenden Zerfalls des europäischen Projekts deuten – eines Zerfalls, der durch permanentes Krisenmanagement verharmlost wird und nicht die notwendige Dringlichkeit erfährt. Beispielsweise werden Themen wie Migrations- und Klimapolitik, die eigentlich gemeinsame Lösungen erfordern, die EU nur stärker spalten. Und solange die proeuropäischen Politikerinnen daran scheitern, eine überzeugende europäische Vision zu formulieren, bleibt die Lage ernst.

2. Verteidigung und Sicherheit

Eine der größten Herausforderungen für die Europäische Union, die von Olaf Scholz treffend als "Zeitenwende" bezeichnet wurde, ist der russische Überfall auf die Ukraine. Verteidigung und Sicherheit sind dadurch zu drängenden Themen geworden, die das Potenzial haben, die steigende politische Nabelschau der Mitgliedstaaten zumindest in diesem Bereich zu überwinden und diese zu einer verstärkten Integration zu führen. Mit dem Krieg zerbrach die Sicherheitsordnung auf dem europäischen Kontinent, die seit dem Fall der Mauer bestand und erst in den letzten Jahren zunehmend zu bröckeln begann. 2008 griff Russland Georgien an, 2014 folgten die Annexion der Krim und der Beginn des Krieges im Donbass, der in acht Jahren über 12.000 Menschenleben forderte, bevor Präsident Putin 2022 die bisher größte Offensive startete. Heute ist Krieg auf dem europäischen Kontinent.

Seit Februar 2022 hat der russische Angriff auf die Ukraine unzählige Opfer gefordert und weite Teile des Landes verwüstet. Die Schäden an der öffentlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur der Ukraine sind enorm. Putin hat seine Position deutlich gemacht: Er wird nicht nachgeben, selbst wenn der Krieg zu einem Stellungskrieg wird.

Putins Minimalforderung, so heißt es in politischen Kreisen, besteht darin, dass die Ukraine die von Russland kontrollierten Gebiete abtritt und sich verpflichtet, nicht der NATO beizutreten. Sein eigentliches Ziel ist klar: Die russischen Truppen sollen Kiew einnehmen und bis an die Grenze zur EU vorrücken – ein Wunschtraum russischer Nationalisten. Die vollständige Besetzung der Ukraine und die Zerschlagung der Nato: In diesem Szenario wären auch weitere Teile der ehemaligen Sowjetunion, wie Moldawien und die baltischen Staaten, akut gefährdet.

Die Europäische Union hat auf den Krieg in der Ukraine zügig und für ihre Verhältnisse zunächst geschlossen reagiert und seit 2022 insgesamt 14 Sanktionspakete verhängt, um Russlands Fähigkeit zur Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine zu verringern und die wirtschaftliche Basis Russlands zu schwächen. Bisher umfassen die EU-Sanktionen gegen die russische Regierung die Finanz-, Wirtschafts-, Verteidigungs-, Technologie- und Mediensektoren. In Teilen blieb jedoch der Erfolg aus: Insbesondere die Sanktionierung von Rohölimporten und Erdölimporten hatte nicht die gewünschte durchschlagende Wirkung, da für einige Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen gefasst werden mussten.

Dennoch weisen die milliardenschweren Hilfspakete in die richtige Richtung und zeigen eine in größten Teilen geeinte EU: Im Februar 2024 genehmigten die EU-Staats- und Regierungschefs ein 50-Milliarden-Paket für den Zeitraum 2024-2027. Davon entfallen 33 Milliarden Euro auf Kredite und 17 Milliarden Euro auf Zuschüsse. Darüber hinaus koordiniert die EU die Lieferung von militärischer Ausrüstung und Sachleistungen als Notfallhilfe für die Ukraine und bildet das ukrainische Militär aus. Ein Wendepunkt könnte die US-Wahl sein, insbesondere wenn Donald Trump gewinnt. Tiefgreifende Auswirkungen auf das Verteidigungsbündnis der NATO sind zu erwarten.

Denn der Krieg in der Ukraine ist nur einer der Brandherde, die die außen- und sicherheitspolitische Lage der EU in den letzten Jahren drastisch verändert haben. Hinzu kommt die Möglichkeit einer weiteren Eskalation im Nahen Osten, Konflikte in der Sahelzone, internationaler Terrorismus, und es stellt sich die große Frage, wie die EU im Falle eines Wahlsieges von Donald Trump ohne die Unterstützung der NATO bestehen könnte – insbesondere angesichts der Entwicklungen in China. Die alte

Weltordnung wird von vielen Seiten nicht nur infrage gestellt, sondern auch offen herausgefordert.

Bereits nach Trumps Wahlsieg im Jahr 2016 ging ein Ruck durch die europäische Öffentlichkeit, und die Politik mahnte an, in die militärische Unabhängigkeit zu investieren. Denn ohne die Führung der USA und deren politische sowie militärische Fähigkeiten ist die NATO kein handlungsfähiges Bündnis. In einem solchen Fall wären die Europäer auf sich allein gestellt - und auch wenn inzwischen die Militärausgaben gestiegen sind, so bleiben die mangelnden Fähigkeiten die Achillesferse der EU. Um eine verteidigungspolitische Resilienz garantieren zu können, braucht die EU schnellere Entscheidungsmöglichkeiten (die viel besungenen qualifizierten Mehrheitsentscheidungen), gesicherte Lieferketten und vor allem einen Wandel im öffentlichen Diskurs. Genau an dieser Stelle kann das deutsch-italienische Duo eine entscheidende Rolle übernehmen und die europäische Einheit auch durch gemeinsame Rüstungsprojekte stärken - denn in außen- und sicherheitspolitischen Themen ist die Übereinstimmung beider Partner groß.

Abschließend sei auf zwei bereits bestehende europäische Initiativen hingewiesen, die einen Wendepunkt in einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik darstellen könnten - so sie denn konkret umgesetzt werden.

Zunächst stellte die Europäische Kommission 2024 Jahr erstmals eine Europäische Verteidigungsindustrielle Strategie (EDIS) vor, die ein ehrgeiziges Rahmenwerk zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie bietet. Ziel sind größere gemeinsame Investitionen. Begleitet wird dies von einem neuen 'European Defence Industry Programme' (EDIP), das 2025-2027 mit 1,5 Milliarden Euro als Lückenfüller dienen soll, um die Wettbewerbsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit der Branche zu stärken und die Verfügbarkeit von Rüstungsmitteln sicherzustellen. Aktuell werden 78 Prozent der europäischen Rüstungsmittel außerhalb der EU produziert, was sich bis 2035 radikal ändern soll: 60% der Verteidigungsprodukte sollen dann, so die Strategie, innerhalb der EU produziert werden.

Ein weiterer Schritt in Richtung einer gemeinsamen Verteidigung ist die 'European Skyshield Initiative' (ESSSI). Das Projekt plant die Integration von drei Komponenten in

ein Verteidigungssystem gegen Luftangriffe auf kurze, mittlere und lange Reichweite und setzt damit den Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers aus dem Jahr 2022 um, sich besser gegen Bedrohungen wie die in Kaliningrad stationierten russischen Raketen verteidigen zu können. Bis jetzt haben sich 22 europäische Staaten an der Initiative beteiligt. Insbesondere die Verteidigung gegen Langstreckenraketen sorgte jedoch für Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich, da die französische Regierung bedauerte, dass keine europäische Lösung bevorzugt wurde.

Wie so oft wird es entscheidend sein, inwieweit die gemeinsam angestoßenen Initiativen umgesetzt werden und die EU in den kommenden Jahren eine eigene Verteidigungsfähigkeit erarbeiten und so zu einem unabhängigen Akteur auf globaler Ebene werden kann. Denn wie Bundeskanzler Olaf Scholz feststellte: Ohne Sicherheit ist alles nichts.

3. Außenpolitik

Nicht nur der Ausbruch eines Krieges auf dem europäischen Kontinent und die militärische Unterstützung der Ukraine stellten einen Wendepunkt in der Geschichte der EU dar, sondern auch der Beginn der ukrainischen Beitrittsverhandlungen war ein historischer Moment, der die Möglichkeit (und Notwendigkeit) tiefgreifender struktureller Veränderungen sowohl auf ukrainischer als auch auf europäischer Seite mit sich brachte. Die Ukraine steht aktuell vor der Herausforderung, sich unter den Bedingungen der russischen Invasion in das europäische Projekt zu integrieren. Dabei hat insbesondere die ukrainische Gesellschaft eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit gezeigt. Über 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehen die Demokratie als bevorzugte Regierungsform an, ein Konsens, der das Engagement des Landes für demokratische Werte widerspiegelt und trotz militärischen Drucks von außen nicht zu wanken scheint. Die für den Beitritt notwendigen Reformen können jedoch erst umgesetzt werden, wenn die Invasion endet - wann und ob dieses Szenario in naher Zukunft eintritt, ist bis heute unklar. Trotz der Erfolge der Ukraine bei der Wiedererlangung der Kontrolle über das Schwarze Meer und der Ermöglichung von Getreideexporten war die Gegenoffensive zur Befreiung



besetzter Gebiete unzureichend. Nach zweieinhalb Jahren Krieg befinden wir uns in einer Situation, in der die Ukraine keine weiteren Gebiete befreien kann und Russland auf der anderen Seite keine neuen Gebiete erobern kann - ein Stellungskrieg. Nach westlicher Berechnung hätte dieses Szenario Präsident Wladimir Putin längst an den Verhandlungstisch zwingen sollen. Das war eine Fehleinschätzung.

Angesichts der andauernden Bedrohung gewinnen in der Ukraine die Bemühungen zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungssektoren an Dynamik, was mittel- bis längerfristig zu einer 'Hyper-Securitization' des Landes führen könnte, die den Demokratisierungsbestrebungen und der Anpassung an EU-Standards entgegenwirken könnte. Ein solches Szenario könnte mit der Monopolisierung der Macht einhergehen, ein Trend, der häufig in Nachkriegsländern zu beobachten ist. Darüber hinaus verschärft die drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen, verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit und anderen negativen Folgen des Konflikts, das Potenzial für eine Verlangsamung der demokratischen Entwicklung noch weiter. Das heißt, dass die Ukraine (Stand heute) die Kopenhagener Beitrittskriterien nicht erfüllt und ein Szenario ähnlich dem der Türkei droht: die Verhaftung als ewiger Beitrittskandidat. Dies wäre insofern bedauerlich, als die Beitrittsverhandlungen erstmals seit Langem wieder Schwung in die EU-Erweiterungspolitik als starkes außenpolitisches Instrument gebracht haben, nachdem zuvor eine gewisse Beitritts- und Erweiterungsmüdigkeit zu beobachten war. So geriet der Erweiterungsprozess, der den westlichen Balkan betrifft, ins Stocken, was auf beiden Seiten zu einem erheblichen Vertrauensverlust führte. In Bezug auf den Beitritt der Ukraine machte Josep Borrell 2022 das Argument für Erweiterungen jedoch erneut stark und leitete eine neue Erweiterungsdynamik ein, die neben der Ukraine auch die Republik Moldau umfasst: „Die Fortsetzung der EU-Erweiterung liegt in unserem strategischen Interesse. Zugleich müssen wir unsere Entscheidungsfindung ändern, um handlungsfähig zu bleiben.“ Es gilt also, die Logik und die Faktoren der Erweiterungspolitik weiterzuentwickeln, um deren Erfolg zu sichern.

Es gibt zwei grundlegende Motoren der EU-Erweiterungen, die sich in den letzten Jahren in einem stetigen Wechselspiel befinden: Eine Logik der Modernisierung

einerseits und eine primär geopolitische Logik andererseits. Der Gedanke einer Erweiterung der EU, um angrenzenden Staaten die Möglichkeit des Beitritts und der Transformation durch die Anpassung an EU-Standards zu ermöglichen, ließ sich insbesondere an der Welle der EU-Erweiterungen nach dem Ende der UdSSR beobachten. Die sogenannte 'Big Bang' Erweiterung von 2004 gilt als eine der gelungensten Erweiterungen - mit gewissen Rückschlägen, die jedoch nicht den Gesamterfolg des Projekts in Frage stellen. Die sogenannte Osterweiterung der Europäischen Union, bei der die Mitgliederzahl von 15 auf 28 Staaten anwuchs, erfolgte in mehreren Etappen. Am 1. Mai 2004 traten die ersten zehn Länder – darunter Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien – der EU bei. In einer zweiten Phase folgten Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007. Schließlich wurde Kroatien am 1. Juli 2013 zum Mitgliedsstaat der Union. Die geopolitische Stabilisierung gelang hierbei durch Erweiterung und Modernisierung - worauf eine gewisse Phase der oben beschriebenen Ermüdung folgte. Im Falle der ukrainischen Beitrittsverhandlungen dominiert klar ein geopolitisches Interesse und weniger die tatsächliche Kompatibilität. Will die EU in Bezug auf ihre Erweiterungsversprechen in Zukunft glaubwürdig bleiben, muss sie mittel- bis längerfristig zurückkehren zu einer Kombination aus Modernisierungs- und geopolitischer Logik. Sonst läuft sie Gefahr, das Erweiterungsversprechen von wirtschaftlichem Wohlstand und gemeinsamen demokratischen Werten weiter auszuhöhlen. Alternativ vorstellbar wären eine schrittweise Integration oder eine europäische Union mit 'mehreren Geschwindigkeiten', wie oftmals von Macron besungen. All diese Entwürfe sind nicht neu - brauchen jedoch Antrieb, Ideen und den Willen dazu, realisiert zu werden.

4. Banken- und Kapitalmarktunion

Leistungsfähige und gut integrierte Finanzmärkte sind für die EU unerlässlich, um die oben angeführten Herausforderungen bewältigen zu können und um weiterhin auf globaler Ebene als geopolitischer wie auch als ökonomischer Partner bestehen zu können. Dies betrifft neben den Investitionen in Rüstung, die Unterstützung und dann

den Wiederaufbau der Ukraine vor allem die notwendige Transformation der europäischen Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit und Digitalisierung. In den letzten Jahrzehnten wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um in der Europäischen Union einheitliche und effiziente Kapitalmärkte zu schaffen: So gibt es beispielsweise EU-weit einheitliche Regelungen für Finanzmarktinfrastrukturen und den Wertpapierhandel, wie MiFID II/MiFIR, EMIR oder CSDR, die wichtige Schritte in Richtung Integration der Kapitalmärkte darstellen.

Trotz dieser Fortschritte bleibt das Potenzial eines vollständig integrierten europäischen Kapitalmarkts noch größtenteils ungenutzt, da alle Mitgliedstaaten abweichende Regularien haben. Das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU und der Verlust Londons als Finanzzentrum haben diese Situation weiter verschärft. Zwar sind grenzüberschreitende Aktivitäten im Kapitalmarktbereich möglich, jedoch im Vergleich zu anderen Bereichen des Binnenmarkts noch immer begrenzt. Dadurch bleibt die EU im Vergleich zu anderen großen Wirtschaftsregionen wie den USA und China deutlich zurück – die europäischen Kapitalmärkte sind weniger liquide und weniger attraktiv für Kapitalgeber und Kapitalnehmer innerhalb und außerhalb der Union. Was sind die Gründe für die stockende Entwicklung?

Eigentlich legte die Kapitalmarktunion ihren Grundstein vor zehn Jahren unter exzellenten Voraussetzungen und hätte von damaligen positiven Marktbedingungen profitieren können. Doch es fehlte, wie so oft, der notwendige Handlungsdruck, um entscheidende Schritte in Richtung eines wirklich einheitlichen europäischen Kapitalmarkts zu gehen. Der Krieg in der Ukraine, die sich verschärfende Situation im Nahen Osten und der mögliche Wahlsieg Trumps könnten dies grundlegend ändern und die nötigen Anreize bieten, das Projekt mit der notwendigen Dringlichkeit voranzutreiben.

Ein fiskalpolitisches Musterbeispiel dafür, wie aus einer Krise positives Momentum entstehen kann, war die Bankenunion, welche nach der Finanzkrise den gefährlichen Nexus zwischen Banken- und Staatsschuldenkrisen erfolgreich aufbrach. Nun sind Banken aber keine Risikokapitalgeber; ihre Aufgabe liegt in der Stabilität des

Finanzsystems, nicht in der Mobilisierung von Kapital für Innovationen. Die Krisen der Zukunft erfordern jedoch genau das: die Mobilisierung großer Mengen (auch privaten) Kapitals.

In Bezug auf die Energiewende sind vor allem der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur sowie Gebäudesanierungen und die Adaption der Produktionsverfahren die großen Aufgaben der kommenden Jahre. Während bei Infrastrukturfragen eine Beteiligung der öffentlichen Hand Sinn ergibt und notwendig ist, sollten Investitionen in Produktionsumstellungen und Gebäudesanierungen auf die Privatwirtschaft umgelagert werden.

Ein weiteres zentrales Handlungsfeld ist die Digitalisierung. Um die generelle Produktivitätslücke der EU im Vergleich mit den USA – derzeit liegt sie bei 20 % – zu schließen, muss die EU die Digitalisierung wirtschaftlich besser nutzen und gezielt in Forschung und Entwicklung investieren. Dies erfordert auch eine gezielte Unterstützung von Start-ups und kleinen Unternehmen, ein weiterer Bereich, in dem die EU zurückliegt: 2020 wurde in den USA zwanzigmal mehr Venture Capital investiert als im Euroraum. Der Großteil europäischer Start-ups wird bis heute von amerikanischen Investoren unterstützt, was auch bedeutet, dass Gewinne abfließen. Ein stärkerer Zugang zu Eigenkapital über europäische Ländergrenzen hinweg würde neuen Akteuren helfen, notwendiges Wagniskapital zu erhalten und sie zugleich mit Beratung, Zugang zu Netzwerken und Monitoring zu unterstützen.

Anstatt Produkte gesetzlich zu standardisieren, sollte das Prinzip von Markt und Wettbewerb stärker gefördert werden. Während der Fokus bisher auf Anlegerschutz und Stabilität lag, blieb die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Kapitalmarkts weitgehend unberücksichtigt. Dazu kommt, dass die Harmonisierung von Rechtsnormen meist nur dort vorangetrieben wird, wo es politisch opportun war. Statt gezielt und konsequent jene Bereiche zu vereinheitlichen, die für den Kapitalmarkt wirklich relevant sind, blieb die Harmonisierung häufig unvollständig.

Allerdings ist nicht nur die Gesetzgebung ausschlaggebend: Die Zukunft und Vertiefung der EU-Kapitalmärkte hängt grundsätzlich auch vom gesellschaftlichen Willen und der kulturellen Einstellung ab. Im Kapitalmarkt wird mit Finanzprodukten gehandelt, und

Kapitalanlagen bieten sowohl Chancen als auch Risiken. Doch die Risikobereitschaft und das dafür notwendige Finanzwissen sind in der EU oft schwach ausgeprägt. Traditionell dominieren Sparkonten und staatlich organisierte Rentensysteme. Ein wirkliches Verständnis für den Kapitalmarkt sowie weitere Chancen eröffnen sich jedoch häufig erst durch persönliche Kapitalanlagen oder private Altersvorsorge. Leider trägt die bestehende Regulierung oft dazu bei, Kleinanleger vom Kapitalmarkt fernzuhalten.

5. Fazit

In der Analyse der Herausforderungen der europäischen Zukunft trifft man auf ein Paradox: Einerseits gibt es in vielen Mitgliedstaaten die starke Tendenz einer politischen Re-Nationalisierung, mit dem Wunsch nach Sicherheit, Stabilität und dem Erhalt des Status Quo. Andererseits zeigt sich in allen Schlüsselbereichen des europäischen Projekts, egal ob außenpolitisch, in Fragen der Sicherheitspolitik und in Bezug auf den Wirtschaftsraum, dass nur eine verstärkte Integration und Kooperation, die mit beschleunigten Entscheidungsprozessen einhergeht, das Fortbestehen der EU auf globaler Ebene garantieren können. An dieser Stelle könnte das deutsch-italienische Paar eine Schlüsselfunktion übernehmen und als Gründungsstaaten-Tandem für eine gemeinsame europäische Vision eintreten, die der Zukunft mit Mut und Risikobereitschaft entgegentritt. Es gilt, die europäische Vision weiterzudenken und sich trotz der multiplen Krisen gemeinsam politisch nach vorne zu bewegen.

IM RAHMEN DES PROJEKTES ‚RE-KONSTRUKTIONEN‘ | NELL’AMBITO DEL PROGETTO “RE-KONSTRUKTIONEN”